

Jan Wachter

# Zwischen russischen Brennstoffen und globalem Dekarbonisierungsdruck: Transformationen der Energiepolitik in Tschechien und der Slowakei (1960er bis 2004)

## **Erstbetreuer der Dissertation:**

Prof. Dr. Frank Hadler, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO)

## **Projektskizze**

Mit dem Auslaufen des Transitvertrags zwischen dem ukrainischen Energieunternehmen Naftohas und dem russischen Gaskonzern Gazprom fließt seit dem 1. Januar 2025 erstmals seit dem Abschluss des ersten Gasvertrags der UdSSR mit Österreich im Jahre 1968 über einen längeren Zeitraum kein Gas mehr durch die in der Zeit des Staatssozialismus erbauten Gaspipelines nach (Ost-)Mitteleuropa. Gleichzeitig importieren Binnenländer, wie die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn auf der Grundlage einer Ausnahmeregelung im EU-Sanktionsregime weiterhin russisches Öl über den in den 1960er Jahren verlegten Südstrang der Družba-Pipeline. Dieser Umstand sowie die Drohung der slowakischen Regierung mit dem Stopp von Stromlieferungen an die Ukraine verdeutlichen, wie stark insbesondere die Slowakei sowie in geringerem Maße auch Tschechien noch 35 Jahre nach dem Zerfall des Ostblocks auf Rohstoffimporte aus Russland angewiesen sind.

Diese Beobachtung weist nicht nur auf das von langlebigen (Energie-)Infrastrukturen ausgehende Phänomen der Pfadabhängigkeit hin, sondern wirft darüberhinausgehend die Frage nach den Besonderheiten von Transformationsprozessen im Energiesektor auf. Diese werden – so eine Ausgangshypothese des Projektes – sowohl im Spätsozialismus als auch während der Hinwendung Ostmitteleuropas zu Demokratie und Marktwirtschaft stärker als andere Sektoren der Volkswirtschaften von multiplen Zielkonflikten geprägt.

*Erstens* stellt die Versorgungssicherheit mit Energie eine elementare Voraussetzung für das Funktionieren moderner Volkswirtschaften dar und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Aus diesem Grunde ist die Gewährleistung einer stabilen Versorgung ein prioritäres Ziel staatlicher Energie(sicherheits)politik. *Zweitens* bilden die Energiekosten wesentliche Bestandteile der Aufwendungen wichtiger Industriezweige (z.B. der chemischen Industrie oder der Stahlindustrie), sodass ein starkes politisches Interesse an der Nutzung möglichst preiswerter Energiequellen zur Sicherung der volkswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit besteht. *Drittens* verursacht die Verwertung fossiler Brennstoffe massive ökologische Schäden, die in den 1970er und 1980er Jahren vorrangig aufgrund der (regionalen) Luftverschmutzung, seit den 1990er Jahren durch ihren Beitrag zum (globalen) Klimawandel wahrgenommen und in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Die Forderungen nach einer Dekarbonisierung der Wirtschaft, die bereits in den 1970er Jahren erstmals erhoben wurden (wissenschaftlich begründete Erkenntnis des durch CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachten globalen Klimawandels/Club of Rome 1972) und in den 1990er Jahren völkerrechtliche Verbindlichkeit erlangten (Kyoto Protokoll 1997), wurden sowohl zum Gegenstand internationaler Abkommen als auch des EU-Beitrittsprozesses.

Dieser Zielkonflikt, der in der energieökonomischen Literatur als „energiepolitisches Zieldreieck“<sup>1</sup> bezeichnet wird, prägt nicht nur die gegenwärtige Energiepolitik Tschechiens und der Slowakei. Er hat auch dazu geführt, dass im Energiemix beider Länder – wie bereits in der Tschechoslowakei vor 1989 – die Nutzung von Kernenergie, einheimischer Braunkohle sowie aus der Sowjetunion bzw. Russland importiertem Öl und Gas eine dominierende Rolle spielen. Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen hat hingegen bis heute eine relativ geringe Bedeutung. Diese Unterschiede im Vergleich zu Westeuropa sind das Resultat eines längeren historischen Prozesses, der im Forschungsprojekt untersucht werden soll. Im Mittelpunkt stehen drei energiepolitische Transformationen: (a) die Versuche der kommunistischen Tschechoslowakei, die nach den Ölkrisen von 1973 und 1979 auch im RGW steigenden Preise für den Bezug von sowjetischem Erdöl durch einen verstärkten Rückgriff auf eigene fossile Energieträger (Braunkohle) sowie den Bau von Kernkraftwerken zu kompensieren; (b) die gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation seit 1989/91, in deren Folge sich die institutionellen Rahmenbedingungen der Energiepolitik massiv veränderten, wodurch die

---

<sup>1</sup> Zweifel, Peter; Praktiknjo, Aaron.; Erdmann, Georg. (2017): Energy economics. Theory and applications. Berlin: Springer. S.10.

Tschechische Republik zwar frühzeitig ihre Rohstoffimporte zu diversifizieren versuchte, dies jedoch kaum den Energiemix beeinflusste; (c) die energiepolitische Transformation im Zuge des EU-Beitrittsprozesses, die die tschechische und slowakische Energiepolitik insbesondere durch klima- und umweltpolitische Anforderungen sowie in Richtung Marktliberalisierung beeinflusst hat.

Im Rahmen des Projektes wird zu untersuchen sein, inwieweit die drei beschriebenen Transformationsprozesse der Jahre um 1980, nach 1990 sowie um die Jahrtausendwende nicht nur strukturell zusammenhängen, sondern auch durch die gleichen Akteure oder zumindest miteinander verbundene Akteursnetzwerke vorangetrieben wurden.

Kontakt:

Jan Wachter

Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa

(GWZO) Leipzig

[jw42muhu@studserv.uni-leipzig.de](mailto:jw42muhu@studserv.uni-leipzig.de)